

Die Krise der Republik und die Wiederentstehung der Monarchie in Rom

Der antiken Überlieferung nach hatte es in den Anfängen Roms ca. 250 Jahre Könige gegeben, deren letzter gegen Ende des 6. Jahrhunderts v. Chr. von den auf Moral und Tradition bedachten Senatoren mit Unterstützung des Volkes vertrieben wurde. Auch wenn man den viele Jahrhunderte später verschriftlichten Erzählungen über die Königszeit mit Recht kritisch gegenübersteht, ist doch an dieser Organisationsform in der Frühzeit nicht zu zweifeln – wie immer dieses Königtum auch angelegt und ausgestattet gewesen sein mag¹. Seit der nicht genau datierbaren Vertreibung (vielleicht um 500 v. Chr.) entstand jedenfalls das, was wir die römische Republik zu nennen gewohnt sind. Natürlich war die republikanische Ordnung der Römer im Lauf der Jahrhunderte, in denen Rom von einem lokalen Zentrum am Tiber zur Beherrscherin des Mittelmeerraumes wurde, massiven Veränderungen unterworfen. Dass die Römer ihr Gemeinwesen als *res publica* zu bezeichnen pflegten und so zwar den Terminus prägten, von dem unser Begriff der Republik abgeleitet ist, aber ihre Staatsform nicht deutlich von anderen abgrenzten, ist zunächst ein wenig irritierend für uns². Doch bei näherem Hinsehen scheint es immerhin ein negatives Definitionskriterium der Republik gegeben zu haben, das selbstverständlich und unstrittig war: die Abwesenheit eines einzelnen Herrschers auf Dauer. Selbst wenn sich die starke Verpflichtung jedes aufrechten Bürgers, gegen einen Alleinherrscher Widerstand zu leisten, erst im 2. und 1. Jahrhundert v. Chr. voll ausgeprägt haben sollte³, war jedenfalls seither eines klar: die Herrschaft eines Einzelnen war nicht tolerabel. Insofern ist es schon bemerkenswert, dass Augustus – zumindest aus moderner Sicht – eine Monarchie etablierte.

Dieser Beitrag hat das Ziel, gewissermaßen den Vorlauf zum augusteischen Principat zu klären, also die Entwicklungen zu charakterisieren, die zum Ende der römischen Republik führten. Die komplexen Ereignisketten und Prozesse mindestens eines Jahrhunderts kann ich hier nur sehr knapp zusammenfassen, und ich muss diese Aufgabe auch auf einer abstrakteren Ebene angehen, da ich sonst nicht vermitteln kann, was jedenfalls in meiner Sicht die Wiederentstehung der Monarchie in Rom vorbereitete. Darüber hinaus ist der große politi-

sche Systemwechsel in Rom ein klassisches Problem der römischen Geschichte, mit dem sich die Forschung seit langer Zeit immer wieder beschäftigt hat, wobei zum Teil recht unterschiedliche Deutungen vorgelegt wurden. Die Forschungsbreite kann ich hier nicht dokumentieren. Ich will mich im Folgenden auf fünf kurze Punkte beschränken. Zunächst werde ich darlegen, was man unter der „Krise der Republik“ versteht, ist doch der Krisenbegriff – jedenfalls in der deutschsprachigen Forschung – der populärste bei der Beschreibung des Zustands der späten römischen Republik. Sodann beschäftige ich mich mit einigen strukturell angelegten Krisendiagnosen der Forschung für die letzten Jahrzehnte der Republik und ihrem Erklärungspotential. Weiter will ich analysieren, wie es dann tatsächlich zum Ende der Republik kam, das mit Caesars Aufstieg eng verwoben ist. Darauf folgen kurze Überlegungen zum Zusammenhang von Unausweichlichkeit einer Entwicklung und menschlicher Verantwortung. Schließlich werde ich knapp die Rolle des Individuums Caesar beim Untergang der Republik betrachten und am Ende noch einige Bemerkungen zu Caesars eigenem Untergang anfügen.

1. Die Krise der Republik

Für die letzten Jahrzehnte, wenn nicht für die gesamte Zeit der späten Republik (133 – 49 v. Chr.), wird häufig eine tiefgreifende Krise konstatiert. Christian Meier, Karl Christ, Klaus Bringmann, um nur ein paar zu nennen, sprechen alle von der „Krise der Republik“⁴, ich halte das nach wie vor für eine durchaus treffende Charakteristik. Bekanntlich stammt der Krisenbegriff aus der Medizin und meint dort das Zutreiben auf eine Entscheidungssituation, in der für den Kranken entweder eine Besserung eintritt oder das Ende unausweichlich wird. In der Übertragung auf politische oder soziale Prozesse geht es also um die Diagnose eines relevanten Defizits mit der Perspektive, dass sich in absehbarer Zeit entscheidet, ob eine Restabilisierung der Verhältnisse oder der Zusammenbruch eintritt⁵. Mit der Annahme jahrzehntelanger Krisenzustände wird die Ausgangsbegrifflichkeit demnach gedehnt, was allerdings keineswegs nur in der Geschichtswissenschaft weit verbreitet ist. Diese Dehnung ist dann zulässig, wenn es sich um die Krise eines Systems handelt, wenn sich die Krisendiagnose also auf ein komplexes, viele Elemente umfassendes menschliches Handlungs- und Interaktionsfeld bezieht⁶.

Christian Meier hat mit seinem Kernbegriff „Krise ohne Alternative“ der Krise der römischen Republik eine besondere Wendung gegeben. Damit bringt er zum Ausdruck, dass die Krise weithin empfunden und ausgedrückt wurde, dass es aber einerseits keine neue Schicht gab, die die alte Führungsschicht verdrängen wollte, andererseits auch bei den innerhalb des Systems handlungsfähigen Gruppen und Kreisen nicht gesehen wurde, was zu tun sei, um den Krisenzustand zu beenden⁷. Die Monarchie, der später eintretende

tatsächliche Ausweg aus der Krise, wurde – soweit wir das erkennen können – von niemandem bewusst angestrebt, nicht einmal von Caesar⁸.

Nun gab es in den letzten Jahrzehnten der Republik sicher Vieles, was man als Krisensymptom ansehen kann. Dazu gehört sicherlich die politische Gewalt, die gelegentlich auch vor der Tötung des Gegners nicht halt machte; außerdem die 88/87 von Sulla sowie von Cinna und Marius demonstrierte Skrupellosigkeit, mit Truppen gegen Rom zu marschieren und dort mit militärischem Druck die eigenen Ziele durchzusetzen; die darin erkennbare Loslösung der Soldaten von ihrer Orientierung auf die *res publica* als Ganzes; die Schwierigkeiten der politischen Führungskreise, außenpolitische Probleme wie die Kriege gegen Jugurtha und Mithridates schnell und effektiv zu lösen; überhaupt das Fehlen vernünftiger Strukturen zur Verwaltung des Reiches; die rücksichtslose Ausbeutung des Reiches; die Korruption der Gerichte; die weitgehende Beendigung der Koloniegründungen im 2. Jahrhundert und damit der Bereitstellung einer wirtschaftlichen Existenz für einfache Bürger. Meine Liste, die sich leicht verlängern ließe, muss weniger dahingehend hinterfragt werden, warum einige Fehler nicht vermieden oder in ihren Folgen eingedämmt bzw. diese Probleme nicht gelöst wurden. Denn Fehler werden in jedem politischen System und in jeder Organisation gemacht und oft überstanden. Gefährlich sind sie nur, wenn die Strukturen so beschaffen sind, dass Fehler bei Problemlösungsversuchen den Untergang herbeiführen, oder – fast noch schlimmer – wenn die Behebung eines Problems über die Nebenwirkungen der Problemlösung noch massivere Probleme erzeugt.

Sucht man in der Forschung nach Angaben zum Kern der Krise der römischen Republik, so scheint es drei strukturelle Hauptdiagnosen zu geben: die Ausdehnung des Reiches und der kleine Stadtstaat, die unzureichende Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die Auflösung des Basiskonsenses in der Führungsschicht. Diese drei Erklärungen sind nicht streng voneinander zu trennen und schließen sich zudem nicht gegenseitig aus; ich werde sie der Reihe nach vorstellen und sodann bewerten.

2. Krisendiagnosen

a) Die Größe des Reiches und die stadtstaatlichen Institutionen

Dass die römische Republik mit ihren stadtstaatlichen Institutionen dem großen Reich nicht gewachsen war, können wir schon bei Montesquieu lesen. Seit seinen „Betrachtungen über die Ursachen von Größe und Niedergang der Römer“ von 1734 zählen solche Urteile zu den festen Anschauungen der historischen Forschung. Dass die Monarchie, die der Republik folgte, für Montesquieu dann nur das Anwachsen der römischen Dekadenz bedeutete, sieht man mittlerweile kritisch, doch für die Republik wird weiterhin anerkannt, dass „die Ausdehnung

des Reiches die Republik zerstörte“⁹. Montesquieu hatte die paradoxe Struktur seiner Feststellung auch schon klar erkannt; im Sinn seiner Wirkungsabsicht, überzeitliche Prinzipien staatlicher Entwicklungen herauszuarbeiten und dabei dem absolutistischen Frankreich einen kritischen Spiegel vorzuhalten, zog er allgemeine Schlüsse: „Die freien Staaten sind weniger dauerhaft als die anderen, weil Rückschläge und Erfolge, die ihnen zuteil werden, sie fast stets um die Freiheit bringen, während Erfolge und Rückschläge eines Staates, dessen Volk unterjocht ist, beide in gleicher Weise seine Knechtschaft festigen. Eine weise Republik darf nichts wagen, was sie dem guten oder dem bösen Zufall aussetzt. Das einzige Gut, das sie erstreben muß, ist die Fortdauer ihres Bestandes“¹⁰.

Tatsächlich registriert man den Appell für das rechte Maß, das eben auch nicht zuviel Erfolg verträgt, mit einer gewissen Sympathie, und die Diagnose, die schiere Größe des Reiches habe die Republik in Schwierigkeiten gebracht, kann zweifellos eine gewisse Evidenz für sich in Anspruch nehmen. Die Organe der Republik, also vor allem Magistrate, Senat und Volksversammlungen, hatten sich in der frühen Republik herausgebildet und waren in der mittleren Republik stabilisiert und in ihrem Verhältnis zueinander einigermaßen austariert worden. Sie waren ganz auf ein städtisches Gemeinwesen mit begrenztem Territorium zugeschnitten. Als Rom schließlich seit der Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. fast den gesamten Mittelmeerraum beherrschte, kam es nicht zu grundlegenden Änderungen, sondern man verwaltete das Reich im Wesentlichen mit demselben Institutionendesign, mit dem man es erobert hatte. Dass dies nicht mehr angemessen war, um das Reich ordentlich zu verwalten, leuchtet unmittelbar ein. Die Folgen subsumiert Christian Meier unter dem Begriff der „Extensivierung der *res publica*“, worunter er eine Dehnung, Überfrachtung, Ausleerung der alten Formen und des vertrauten organisatorischen Rahmens versteht, was nicht zum Bruch führte, aber zum vielfältigen Ungenügen¹¹, ohne dass sich eine Lösungsmöglichkeit für die offenkundigen Probleme abgezeichnet hätte.

b) Die unzulängliche Erfüllung der Aufgaben

Eng mit der Größe des Reiches verbunden, aber anders akzentuiert ist die Diagnose, die alte *res publica* sei mit dem Senat, dem ihre Lenkung und Kontrolle zustand, ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen gewesen – auch dieser Ansatz findet sich bei Christian Meier¹². Dabei spielt das Reich erneut eine zentrale Rolle, denn hier scheinen normale Herrschaftspflichten der Lebenssicherung und der geordneten Rechtsentscheidung vernachlässigt worden zu sein. Zudem gelang es oft nicht, auswärtige Krisen durch effektive Kriegführung schnell zu beenden, da die Kommandeure und Soldaten mehr an eigener Bereicherung als an schneller Erledigung der Aufgaben interessiert waren und zudem innerrömische Querelen klare und überzeugende Kommandozuteilungen und Ressourcenausstattungen verhinderten. Die Ausbeutung der Provinzen durch Statthalter und Steuerpächter war ins Uferlose gewachsen, ohne dass dagegen wirksam

vorgegangen worden wäre. Zudem wurde vom Senatsregime weder die Versorgung der Riesenstadt Rom verlässlich gesichert, noch die notwendige Besserung der ökonomischen Lage der Landbevölkerung in Angriff genommen.

c) Die Auflösung des Basiskonsens' in der Führungsschicht

Eine prononciert interne Ursache für den Untergang der Republik wird in der reduzierten Einigungsfähigkeit der senatorischen Führungsschicht gesehen. Besonders Karl-Joachim Hölkeskamp hat sich in den letzten Jahren im Rahmen seiner Forschungen über Hierarchisierung und Konkurrenzverhalten unter den römischen Senatoren mit dem Problem beschäftigt, wie denn in dieser Gruppe, deren Mitglieder ständig gegeneinander um Posten, Prestige und Einfluss kämpften, überhaupt Solidarität und Kooperation ausgebildet werden konnten¹³. Wie er darlegt, musste eine solche Wettbewerbslage dann nicht die Möglichkeit zur Zusammenarbeit zerstören, wenn der Wettbewerbsrahmen, also die Regeln des Systems, allgemein akzeptiert waren und nicht angetastet wurden. Dieser Basiskonsens über die grundlegenden Verfahrensweisen und Werthaltungen in der *res publica* scheint nun zunehmend in Auflösung geraten zu sein, teils wegen der steigenden Kosten des verschärften Wettbewerbs, in dem man sich das Verlieren nicht mehr leisten konnte, teils wegen des sinkenden Risikos bei Regelverletzungen, weil sich nicht die gesamte Führungsschicht dagegen solidarisierte.

d) Auswertung

Mit den hier ausgewählten und kurz vorgestellten Defiziterscheinungen der späten Republik, die in der Erforschung der Ursachen für den Untergang der Republik populär sind, habe ich ein eher auf die Peripherie orientiertes Defizit, ein sowohl das Zentrum als auch die Peripherie betreffendes Defizit und ein nur im Zentrum angesiedeltes aufgeführt, und alle greifen bis zu einem gewissen Grad ineinander. Doch ist ihre Reichweite unterschiedlich.

Zweifellos bewegte sich die Organisation der Beziehungen zwischen der römischen Zentrale und dem Reichsgebiet in vielerlei Hinsicht auf einem katastrophalen Niveau, doch ist wenig klar, welche Elemente wirklich den Untergang der Republik vorantrieben. Der eklatante Mangel an Fürsorge Roms für die Reichsbevölkerung ist unbestreitbar, aber dass dieses gravierende Defizit der späten Republik wesentlichen Einfluss auf ihren Niedergang nahm¹⁴, vermag ich nicht zu sehen. Die Römer hatten nicht das Bedürfnis, das Reich und seine Bevölkerung stärker zu integrieren, und die Reichsbewohner kaum Möglichkeiten, sich von der römischen Herrschaft freizumachen. Damit hätten die Römer wahrscheinlich noch lange leben können. Die Bedrohlichkeit des Reiches lag in den Machtmitteln, die von einzelnen erfolgreichen Kommandeuren in überproportionalem Umfang akquiriert werden konnten¹⁵,

so dass die Basisgleichheit der Senatoren, jedenfalls das Grundprinzip, einer dürfte nicht alle anderen dominieren, gefährdet war. Sullas Reformen hatten darauf reagiert und versucht, die Statthalterschaften einzuhegen¹⁶. Die Wirkung war bestenfalls ambivalent. Zum einen gewann die stadtrömische Politik noch mehr Gewicht als zuvor, während die Statthalterschaft in ihren Handlungsspielräumen zwar effektiv eingeengt wurde, aber dadurch so sehr an Attraktivität verlor, dass viele ganz darauf verzichteten¹⁷. Zum anderen jedoch wurde der Ausbruch aus diesem Rahmen über Sonderermächtigungen nahegelegt, so dass der Dienst in den Provinzen entweder ein langweiliger Routinejob ohne Profilierungsmöglichkeiten war oder ein außerordentliches Kommando mit extremer Selbsterhöhungsperspektive, während das gesunde Mittelmaß nur selten zu erreichen und zudem unvorhersehbar war. Zudem schuf die aufs Ganze gesehen erfolgreiche Abschottung der römischen Innenpolitik gegen die Machtpotentiale des Reiches ein bedrohliches Missverhältnis. Ein Mann wie Pompeius, der nach dem Sieg gegen Mithridates von Pontos den Osten des Reiches neu geordnet hatte, konnte danach mit der Anhänglichkeit großer Teile der Eliten des Ostens rechnen, außerdem war er natürlich bei seinen Soldaten sehr beliebt, die ihm Erfolg und Beute verdankten, und er war der reichste Mann der römischen Welt geworden¹⁸. Aber seine Gefolgsleute im Osten waren keine römischen Bürger und konnten sich so nicht in die römische Innenpolitik einbringen. Seine Soldaten waren als handfeste Unterstützer seiner Politik nach der Rückkehr präsent und konnten die Wahl seiner Kandidaten befördern; aber nach einiger Zeit zerstreuten sie sich in Italien, und es war nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, sie wieder zur Ausübung von Druck nach Rom zu holen. Geld konnte man zur Befestigung und Verstärkung des Ruhms einsetzen, auch konkret für Spiele und Handgeld bei Wahlen, aber da das römische Volk nur sehr eingeschränkt käuflich war, blieb auch hier der Effekt begrenzt.

Die Größe des Reiches und seine schlechte Verwaltung schlägt sich vor allem darin negativ nieder, dass die Reichsbewohner keine Veranlassung hatten, nennenswerte Solidarität mit der römischen Ordnung zu entwickeln, was im übrigen auch für das Kernland Italien galt. Zudem bot das Reich Einzelnen in ganz ungleichem Umfang Chancen zur Erlangung von Reichtum und Macht, wobei sich diese Macht allerdings kaum in die römische Innenpolitik einspeisen ließ.

Hinsichtlich der Aufgaben der Republik, die sie nicht hinreichend erfüllt haben soll, muss man vorsichtig sein. Es gab für die römische *res publica* viel weniger Aufgaben als für den modernen Fürsorge- und Steuerungsstaat. Eindämmung von Ausbeutung und Lebenssicherung von Bürgern war nicht Aufgabe des Staates. Bei äußeren Kriegen musste sich der Senat um Macht und Prestige Roms kümmern; ob das etwas länger dauerte und mehr oder weniger Provinzbewohnern das Leben kostete, war sekundär.

Dennoch lässt sich in den letzten Jahrzehnten der Republik die Entfaltung eines Aufgabendiskurses beobachten, besonders gut fassbar in der berühmten

Rede Ciceros über das Imperium des Cn. Pompeius im Jahre 66 v. Chr.¹⁹. Dieser Diskurs war jedoch gefährlich und geradezu sprengend für die Republik. Mit dem Hinweis auf dringende Erfordernisse wie Bestrafung aufsässiger und aggressiver Feinde und Wiederherstellung von Frieden verbanden sich nämlich der Leistungs- und der Effizienzgedanke. Konkret ging es Cicero im Jahr 66 darum, die Übertragung eines weiteren großen Kommandos auf Pompeius zu unterstützen und gegen Kritiker zu verteidigen. Dazu betonte er, Pompeius sei der Geeignetste für diese Aufgabe²⁰. Damit wurde das herausragende militärische Leistungsvermögen des Pompeius zu einem wesentlichen Auswahlkriterium. Das war nicht neu, aber tendenziell bedrohlich für das oligarchische Regime der Republik mit seinem aristokratischen Prinzip der universellen Kompetenz aller Angehörigen der Führungsschicht. Wenn man immer nach dem Besten für die Erledigung einer Aufgabe suchte, weil dieser das Unternehmen am erfolgreichsten und schnellsten durchführen würde, war man genau bei dem System der wenigen großen Männer, die alle schwierigeren Aufgaben übernahmen und so immer mächtiger wurden, so dass die Basisgleichheit in der Führungsschicht unweigerlich verloren ging – also bei den großen Einzelpersonlichkeiten der späten Republik wie Marius, Sulla, Pompeius, Caesar. Dass sich angesehene Senatoren wiederholt, wenn auch wenig erfolgreich, dagegen sperrten, war also kein Symptom von Unfähigkeit, Neid oder falscher Prioritätensetzung, sondern durchaus ein Systemerhaltungsreflex.

Der bröckelnde Basiskonsens ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. An den Regeln des politischen Wettbewerbs wurde im Lauf des 2. und 1. Jahrhunderts v. Chr. einiges justiert und eingeschränkt; hier nahm der Senat seine Regulierungsfunktion wohl weitgehend wahr²¹. Kaum zu beheben war allerdings die Verschärfung des Wettbewerbs durch die steigende Zahl der Interessenten seit dem 2. Jahrhundert, noch einmal verstärkt seit der Einbürgerung Italiens in den 80er Jahren des 1. Jahrhunderts. Jedes Wettbewerbssystem um kaum vermehrbare Güter neigt zu ständigen Einsatzsteigerungen der Konkurrenten, umso mehr, wenn sehr viel vom Erfolg abhängt. In Rom war es jedenfalls für die Sprösslinge der angesehenen Familien geradezu eine Pflicht, eine erfolgreiche politische Karriere zu durchlaufen. Also investierten sie immer mehr Zeit, Kraft und Geld in ihre Wahlkämpfe und in die Etablierung ihrer öffentlichen Person. Da aber das Wahlsystem stark vom Zufall abhängig war, blieben die Ergebnisse unberechenbar²².

In dieser verzweifelten Lage konnten die Kandidaten nur mit gesteigerten Bemühungen reagieren, und diese insgesamt eher fruchtlosen Anstrengungen sind möglicherweise eine wichtige Ursache für den Niedergang der Republik. Aloys Winterling hat das Phänomen vor einigen Jahren neu auf einen Begriff gebracht²³. Er konstatiert, dass die Führungsschicht den Defiziten, die sie durchaus wahrnahm, mit einem erheblichen Energieeinsatz zur Verfeinerung und zum Ausbau des Vertrauten begegnete. Diese herkömmlichen Mittel seien jedoch trotz aller Perfektionierung untauglich gewesen, die er-

kennbaren Schwierigkeiten wenigstens zu vermindern. Diesen Vorgang, dass „auf neue Anforderungen nur mit der Stabilisierung und Bedeutungssteigerung der nicht mehr genügenden alten Formen“ reagiert werden kann, bezeichnet Winterling – mit einem Begriff, den er aus der Ethnologie entlehnt hat – als Involution²⁴.

3. Der Aufstieg Caesars und das Ende der Republik

60 v. Chr. kehrte Caesar aus seiner Provinz in Spanien zurück und wollte Consul werden, also das höchste und prestigeträchtigste reguläre Amt der Römer bekleiden, das die lebenslängliche Zugehörigkeit zur obersten Rangklasse des Senats nach sich zog. Da Caesar als Statthalter sehr erfolgreich Krieg geführt hatte, besaß er auch gute Chancen auf einen Triumph, die spektakuläre Sieges-
ehrung römischer Feldherrn, die in der römischen Führungsschicht mit Eifer angestrebt wurde. Doch Caesar hatte neben vielen Anhängern in den weiteren Oberschichten und im Volk auch mächtige Feinde unter den wichtigen Senatoren, die ihn jetzt in eine Situation hineinmanövrierten, in der er zwischen dem Triumph und der Konsulatsbewerbung wählen musste. Eigentlich hätte er sich für den Triumph entscheiden müssen, denn die Chance, zu triumphieren, würde vielleicht nicht wiederkommen, während man für das Konsulat auch im nächsten Jahr antreten konnte. Dass Caesar dennoch das Konsulat wählte, zeigt seinen klaren Blick für die besondere Situation des Jahres 60 v. Chr., die ihm eine große Chance bot, im Bündnis mit Pompeius ein attraktives Provinzkommando zu erhalten. Denn Pompeius hatte Schwierigkeiten, die Ratifizierung seiner eigenmächtig getroffenen Regelungen im Osten des Reiches en bloc durchzusetzen und ein Landzuteilungsprogramm für seine Veteranen auf den Weg zu bringen. So unternahm es Caesar, das sog. Erste Triumvirat zusammenzuschmieden, eine Koalition mächtiger Männer, die derzeit von derselben Senatsgruppierung in der Verfolgung ihrer Interessen blockiert wurden. Der dritte im Bunde, Marcus Licinius Crassus, hatte sich gerade um Vergünstigungen für die Pächter der kleinasiatischen Steuern bemüht und war ebenso brüskiert worden wie Pompeius. Caesar wurde zum Consul gewählt und machte sich daran, die Anliegen seiner Mitstreiter in Gesetze zu gießen.

Zweifelloos brachte der Verlauf von Caesars Konsulat die Republik ihrem Ende näher²⁵. Ihre Verfassung war charakterisiert durch die formale Dominanz der Möglichkeiten, staatliches Handeln zu verhindern. Über das allgemeine Einspruchsrecht der 10 Volkstribune, die sog. *tribunische Intercession*, konnte jeder Gesetzesantrag und jeder Senatsbeschluss gestoppt werden, und über die Beobachtung des Himmels und die Meldung schlechter Vorzeichen, die sog. *Omnuntiation*, konnte jede offizielle Aktion immer wieder verschoben werden. Das römische Gemeinwesen konnte mit solch übermächtigen Destruktionspotentialen natürlich nur leben, wenn im großen Ganzen ihre Existenz ein

Verhalten hervorbrachte, das ihre konsequente Anwendung überflüssig machte. Da die Intercession stets drohte, waren Amtsinhaber gehalten, den Konsens zu suchen, und wenn tatsächlich Intercession eingelegt wurde, musste das nicht unbedingt das Ende sein, sondern konnte Anregung geben zu neuen Verhandlungen und zur Wiederherstellung des Konsens'. Als Caesar seine Gesetze vor das Volk brachte, lag es auf der Hand, dass Intercession eingelegt werden würde, und aus der vorangehenden Haltung des Senats, der sogar die Diskussion der Gesetze verweigert hatte, war schon deutlich geworden, dass Verhandlungen über einen Kompromiss aussichtslos waren, dass Caesar demnach seine Projekte nur sang- und klanglos fallen lassen konnte. Das kam für ihn nicht infrage. Er ließ seinen Konsulatskollegen Bibulus und intercessionswillige Volkstribune vom Forum hinunterprügeln. Bibulus zog sich daraufhin schmolend in sein Haus zurück und legte von nun an ständig Obnuntiation ein, was Caesar souverän ignorierte. Nachdem er sich so drastisch durchgesetzt hatte, ließ Caesar ein Gesetz nach dem anderen verabschieden. Er realisierte die Wünsche von Pompeius und Crassus und verschaffte sich selbst eine 5-jährige Statthalterschaft. Die oppositionellen Senatoren mussten machtlos zusehen, wie Caesar tat, was er wollte.

Nun hatte es schwere innere Konflikte um den Konfrontationskurs herausragender Individuen in Rom schon öfter gegeben, und eine ganze Reihe davon war weit blutiger verlaufen als die Prügeleien des Jahres 59. Doch während früher die senatorische Führungsschicht die Außenseiter gewaltsam beseitigt und so öffentlich klargestellt hatte, dass deren Verhalten frevelhaft gewesen war, schien Caesar zunächst einmal unangreifbar, obwohl er noch viel mehr auf dem Kerbholz hatte. Caesar hatte verfassungsgemäße Einsprüche schlichtweg mit Gewalt verhindert; er stützte sich zudem nicht nur auf Anhang in der Volksversammlung, sondern auch auf die vereinigten Machtpotentiale von Pompeius und Crassus; weiterhin hatte die Opposition gegen Caesar nicht nur die Intercession, sondern immer wieder auch die Obnuntiation eingesetzt, so dass die Obstruktionsmittel dadurch, dass Caesar sie einfach beiseitegewischt hatte, dauerhaft an Überzeugungskraft und Wirkungsmacht verlieren mussten. Das konnte für das System nicht folgenlos bleiben. Zuletzt hatte sich Caesar erst einmal für 5 Jahre Provinzen gesichert, so dass er vor Strafverfolgung sicher war. Aus der Perspektive der republikanischen Führungsgruppe musste sich die Angelegenheit doch so darstellen: Hier hatte sich ein Konsul über alles hinweggesetzt, was institutionell gegen die Verabsolutierung von Einzelinitiativen wirkte, und rücksichtslos sein Programm durchgezogen; wenn er damit davonkam – und danach sah es bei nüchterner Betrachtung zunächst einmal aus –, würde er auch Nachahmer finden. Das republikanische Regiment drohte sich aufzulösen.

Als Caesar Anfang des Jahres 58 in seine Provinzen abreiste, dürfte er sich darüber im Klaren gewesen sein, dass er potentiell mächtige Gegner in Rom zurückließ, die nicht vergessen würden. Ihm blieb nur die Chance, so mächtig zu werden, dass sie ihm nichts anhaben konnten, und dazu musste er erfolgreich

Krieg führen, um dadurch Ansehen, Anhang und finanzielle Ressourcen zu erlangen. Caesars Gallischer Krieg war insofern ein Produkt der römischen Innenpolitik, die einen Mann in die Statthalterschaft von Südfrankreich geschwemmt hatte, der um jeden Preis einen erfolgreichen Krieg brauchte²⁶. Aus römischer Perspektive betrachtet, erzielte er große Erfolge; doch gerade die riefen Neid und Misstrauen seines politischen Freundes Pompeius hervor, der es gar nicht schätzte, dass ihm hinsichtlich des militärischen Ruhms in dem einstigen Juniorpartner ein Konkurrent erwuchs. Dass sich die entschlossenen Verteidiger der Republik, die den skrupellosen Umgang mit republikanischen Institutionen durch Caesars Vernichtung geraderücken wollten, und Pompeius, der auf eine Überführung seiner Sonderstellung im Imperium nach Rom hinarbeitete, schließlich näherkamen und sich gegen Caesar zusammentaten, ist von daher nicht verwunderlich. Im Gegenteil: Es ist eine bemerkenswerte diplomatische Leistung Caesars gewesen, diese für ihn bedrohliche Konstellation so lange verhindert zu haben.

Als Caesars Bemühungen um einen reibungslosen Übergang aus seiner Statthalterschaft in ein zweites Konsulat Anfang 49 v. Chr. gescheitert waren, marschierte er nach Italien ein und eröffnete damit den Bürgerkrieg, an dessen Ende seine Alleinherrschaft und der Untergang der Republik standen. Dass Caesars Entscheidung, seine Ansprüche militärisch durchzusetzen, das Ende der Republik ganz erheblich beschleunigte, steht völlig außer Zweifel²⁷. Es spricht aber wenig dafür, dass ihm die Monarchie im Jahr 49 schon vor Augen stand. Vielmehr scheint er zunächst ganz darauf fixiert gewesen zu sein, sich mit Pompeius, dem Feldherrn der Gegenseite, wieder zu einigen²⁸. Als Caesar 48 gegen Pompeius bei Pharsalos gesiegt hatte, wählte er in bezeichnender Weise zwischen den Optionen: Er verfolgte mit nur wenigen Truppen den fliehenden Pompeius, nicht aber das Heer seiner Gegner, das er wohl weiter hätte schwächen oder vielleicht auch zum Überlaufen hätte veranlassen können. Seine Begründung war, dass er glaubte, sich dem Pompeius an die Fersen heften zu müssen, damit dieser nicht erneut Truppen anwerben und den Krieg weiterführen könne²⁹. Das ist sicherlich ein wichtiges Argument. Aber was hätte er mit Pompeius angefangen, wenn er in seine Hände gefallen wäre? Caesar hätte seinen ehemaligen Schwiegersohn nicht einfach umbringen lassen können, ohne die Propaganda seines milden Umgangs mit den Gegnern als Lüge zu entlarven, und er hätte Pompeius auch nicht einfach wieder laufen lassen können, wenn denn die geäußerte Begründung für die Verfolgung irgendeine Bedeutung besaß. Es blieb eigentlich nur eine Option: Caesar hätte mit Pompeius ein Arrangement aushandeln müssen, das wieder auf eine Kooperation bei der Verwirklichung eigener Macht- und Prestigeinteressen hinausgelaufen wäre, jetzt aber mit Caesar in der eindeutig stärkeren Position. Caesar scheint also hier eine deutliche Alternative gesehen zu haben zur Niederwerfung seiner Gegner, und hätte sich diese realisiert, wäre nicht die Alleinherrschaft das Ergebnis gewesen, sondern eher ein Duumvirat. Doch von dem, was



Rückseite eines Aureus mit dem Porträt Caesars und der Umschrift: C Caesar dict(ator) perp(etuo) pont(ifex) max(imus); 43 v. Chr. (s. S. 49)

sich Cicero und andere unter der römischen *res publica* vorstellten, hätte man sich damit ganz erheblich entfernt. Die Entscheidung der Berater des ägyptischen Königs Ptolemaios XIII., den nach Ägypten geflohenen Pompeius zu ermorden, bedeutete das Ende dieser Option und trug also indirekt zur Verengung auf die monarchische Lösung bei.

In den Konstellationen rund um den Untergang der römischen Republik sind also erhebliche Paradoxien zu greifen. Die Caesargegner im Senat wollten ihre Republik erhalten und setzten Caesars Rückkehr in die Innenpolitik zu den eigenen Konditionen erfolgreich Widerstand entgegen, förderten damit aber die Eskalation zum Bürgerkrieg, in dem sie sich weiter kompromisslos verhielten und in dem ihre Republik dann unterging. Caesar dagegen wollte nur die ehrenvolle Behandlung erfahren, die ihm aus seiner Sicht – und die war in dem kulturellen Setting der Zeit nicht abstrus – zustand, eröffnete dazu den Bürgerkrieg und zeigte sich danach weiter interessiert an einem Arrangement, das aus verschiedenen Gründen nicht zustande kam, so dass er am Ende Alleinherrscher war.

4. Der autonome Prozess zum Untergang

Zur Beschreibung und begrifflichen Präzisierung der Problemlage scheint mir die Theorie der historischen Prozesse von Nutzen zu sein, deren Grundkategorien ich kurz rekapitulieren will³⁰. Unter einem historischen Prozess versteht man einen breiten Entwicklungsstrom, der in eine Richtung verläuft und ein gewisses Tempo besitzt. In den Prozess gehen Handlungen von Individuen und Gruppen als Impulse ein mit mehr oder weniger starkem Einfluss auf Richtung und Tempo. Man unterscheidet bei den Handlungsfolgen zwischen Haupt- und Nebenwirkungen: Hauptwirkungen sind die Konsequenzen, die in Richtung der Absichten der Akteure verlaufen, Nebenwirkungen sind die nicht-intendierten Folgen. Selbstverständlich können die Nebenwirkungen sehr viel intensiver sein als die Hauptwirkungen. Für die Zeitgenossen muss die Richtung eines historischen Prozesses nicht immer erkennbar sein. Insofern ist der histo-

rische Prozess eine typische Historikerkategorie, da man die Richtung erheblich klarer sieht, wenn man das Ergebnis kennt. Das wird noch massiver, wenn ein autonomer Prozess identifiziert wird³¹, also ein Prozess, der sich von den Impulsen inbezug auf die Richtung verselbständigt hat. Gleichgültig welche Handlungen die Akteure vornehmen, der autonome Prozess bewegt sich weiter in die Richtung, in die er eingerastet ist.

In den gerade vorgestellten Kategorien lässt sich der Vorgang so darstellen: In der Lage der Jahre 50/49 v. Chr. war die Hartnäckigkeit, mit der die Caesar-gegner die Rückkehr ihres Feindes in die Innenpolitik blockierten, keineswegs ihre einzige Option, es existierten Alternativen. Aber gerade dann, wenn sie die Rettung der Republik ernst nahmen, drängte sich die Blockierung Caesars besonders auf, so dass die gewählte Option die naheliegende war. Doch ihre Intentionen ließen sich nicht realisieren, ja der Bürgerkrieg beschleunigte sogar das, was sie mit aller Macht verhindern wollten: das Ende der Republik. Ihre Intentionen wurden also von den Nebenfolgen ihres Handelns hinweggewischt. Für Caesar gilt, dass er sich mit seinem Streben nach Ehre in den konventionellen Bahnen der römischen Führungsschicht bewegte, mit dem Bürgerkrieg aber den Resonanzraum zerstörte, in dem Ehre gewährt und anerkannt wurde. Seine Intention war nicht die Alleinherrschaft, sie entstand als nicht intendierte Nebenfolge. Allerdings konnte sich Caesar mit dem Ergebnis gut arrangieren, bis er dann von denjenigen, die das Ende der Republik nicht akzeptieren wollten, ermordet wurde. Wenn man sich den historischen Prozess auf dieser Ebene verdeutlicht, dann drängt es sich für diese Jahre nicht auf, den Umbruch von der Republik zur Monarchie als zwangsläufig einzustufen.

Doch sollte man differenzieren zwischen der Entwicklungsrichtung und dem Entwicklungstempo. Was die Richtung angeht, so weist meiner Meinung nach schon vieles darauf hin, dass die Republik irreversibel auf ihr Ende zutrieb und die Monarchie bevorstand. Die Beschreibung als „Krise ohne Alternative“ oder als autonomer Prozess scheint mir daher durchaus angemessen zu sein. Aber das Tempo war nicht festgelegt, und hier greift man auch die Rolle des Individuums im historischen Prozess. Selbst wenn sich die Richtung autonomisiert, ist das Tempo weiter von menschlichem Handeln abhängig und von dessen unberechenbaren Kumulationen und Überschneidungen, die man häufig als Kontingenz bezeichnet.

Die Bedeutung der Auseinandersetzungen von 50/49, die in den Bürgerkrieg mündeten, liegt also wohl weniger in der relevanten Einwirkung auf die Entwicklungsrichtung des historischen Prozesses, sondern in ihrer Einwirkung auf sein Tempo. Nun grassieren in unserem Alltagsleben Verhaltensempfehlungen, dass man seine Zeit und Kraft nicht damit verschwenden solle, sich gegen Entwicklungen bzw. Maßnahmen zu stellen, die ohnehin kommen werden. Im Universitätsbetrieb ist uns das wohlvertraut. Aber einmal abgesehen davon, ob eine Verantwortungsethik nicht so zu entwickeln wäre, dass man das sittlich Gute zu tun hat, auch wenn dieses Tun aussichtslos ist, so ist es jedenfalls alles

andere als irrelevant, wenn man auf das Tempo eines Prozesses einwirkt. Das lässt sich am besten an einem Beispiel verdeutlichen, das jedermann vertraut ist. Alle Menschen gehen vom Beginn ihres Lebens an dem Tod entgegen. Insofern befinden wir uns alle als Individuen in unserem ureigenen autonomen Prozess, dessen Entwicklungsrichtung und Endpunkt feststehen. Dennoch sind wir mit unterschiedlicher Intensität immer wieder damit beschäftigt, auf das Tempo dieses autonomen Prozesses retardierend einzuwirken, und die meisten von uns werden bestätigen, dass das Tempo nicht deshalb unwichtig ist, weil die Richtung unabänderlich ist. Das heißt aber, dass erst dann, wenn sowohl Richtung, als auch Tempo des Prozesses unbeeinflussbar sind, die Verantwortung der Akteure fraglich wird.

5. Die Rolle des Individuums im autonomen Prozess

Für die Beschleunigung des Endes der römischen Republik kann also Verantwortung zugewiesen werden. Da es Caesar war, der den Bürgerkrieg als wesentlichen Beschleunigungsfaktor eröffnete, ist es hauptsächlich seinem Handeln zuzuschreiben, dass die Republik in dieser Zeit unterging. Damit schreibe ich in dem autonomen Niedergangsprozess der Republik Caesar auch einen ganz erheblichen Einfluss auf das Tempo zu. Doch ist die Rolle eines Individuums im Geschichtsprozess nicht allein über die Folgen seines Handelns als Einzelperson zu beschreiben, sondern sie umfasst auch den Kern von Individualität, nämlich die Differenz zum Handeln anderer Personen. Die interessante Frage, die sich an diese Diagnose anschließt, kann man so formulieren: „War Caesar das Maultier?“³²

Als es der geniale Psychohistoriker Hari Seldon geschafft hatte, den Traum der Historiker zu verwirklichen und ihre Disziplin zu einer Wissenschaft zu machen, mit der sich die Zukunft einigermaßen wahrscheinlich vorausberechnen ließ, konnte er seine Erkenntnisse nicht mehr einfach nur publizieren, sondern sah sich zum Handeln aufgerufen. Er prognostizierte, dass das intergalaktische Imperium mit seinem Zentrum in Trantor zum Untergang verdammt sei und dass eine 100.000 Jahre dauernde Periode der Agonie mit Unterdrückung, Gewalt und zahllosen Opfern bis zur Restabilisierung einer neuen Ordnung bevorstünde. Da sich der Untergang des Imperiums nicht verhindern oder wesentlich aufhalten ließ, entwickelte er ein Konzept, mit dem sich die Schreckensperiode des Übergangs auf 1000 Jahre verkürzen ließ. Diesen 1000-Jahresplan, der eine massive Beschleunigung des historischen Prozesses bedeutete, setzte Hari Seldon ins Werk.

Was ich hier kurz zusammengefasst habe, ist die Grundidee der bekannten Foundation-Trilogie von Isaac Asimov, einer Folge von Science-Fiction-Stories, in denen von der Wiederherstellung der imperialen Ordnung erzählt wird, die von dem neu besiedelten Randplaneten Terminus, der Foundation,

ausgeht³³. Im vorliegenden Kontext interessiert mich daran vor allem, dass Asimov sein optimistisches Bild von der Planbarkeit komplexer Prozesse um ein unplanbares Element erweitert hat: Der Zufall, der alles gefährdet, ist das sog. Maultier. Diese Figur ist ein Mutant, der durch eine Laune der Natur dazu befähigt ist, Gedanken nicht nur zu lesen, sondern auch so zu manipulieren, dass seine Befehle von jedem, in dessen Gehirn er eindringt, befolgt werden. Das Maultier ergreift so die Macht in der Foundation und ist dabei, das ganze neu entstehende Reich in eine gnadenlose Autokratie umzuformen. Doch Hari Seldon wäre nicht ein so guter Psychohistoriker gewesen, wenn er nicht für den Fall, dass etwas gänzlich Unberechenbares die erwartete Entwicklungsrichtung stark abzulenken drohte, eine Sicherung seines Planes eingebaut hätte.

War also Caesar das absolut Unvorhersehbare, ja für jedes geplante Handeln Unverfügbare, der extreme Außenseiter, der jede soziale Normalität sprengte und daher aus rein egoistischen Motiven den Untergang der Republik herbeiführte³⁴? Wenn dem so wäre, müsste das Ende der Republik als Zufall angesehen werden, der wie eine Naturkatastrophe über die römische Welt hereingebrochen wäre. Doch stimmt diese Reduzierung der Perspektive auf eine einzelne Person schon grundsätzlich skeptisch³⁵. Zudem ist es Christian Meier gelungen, Caesar zu historisieren, nachdem man lange geglaubt hatte, man könne dieser Persönlichkeit nur beikommen mit der Hypothese, Caesar falle aus seiner Zeit heraus³⁶. Dabei ist Meier durchaus offen für Besonderheiten Caesars; er beschreibt ihn als Außenseiter³⁷, was eine gewisse Dehnung des Normalen impliziert, aber nicht unbedingt dessen Ignorierung. Caesar war zweifellos jemand, der die Spielräume zur Normabweichung, die der römischen Oberschicht strukturell zur Verfügung standen, in hohem Maß ausschöpfte. Dass aber diese Spielräume sich im letzten Jahrhundert der Republik erweitert hatten, war nicht wirklich seine Schuld.

Auch wenn man der Ansicht zuneigt, dass ein anderer als Caesar zur Verwirklichung seiner Ansprüche vielleicht doch nicht bis zum Bürgerkrieg gegangen wäre³⁸, bleibt die wesentliche Frage am Ende, ob eine andere Entscheidung Caesars bzw. ein Fehlen des Individuums Caesar das Fortbestehen der Republik bedeutet hätte. Beide Alternativen hätten meiner Auffassung nach keine Aussicht auf Restabilisierung eröffnet. Wenn man sich eine Republik ohne Caesar oder mit einem auf bescheidenem Niveau reintegrierten Caesar oder mit einem schnell besieigten Caesar vorstellt, dann bleiben genügend strukturelle und letztlich systemimmanente unlösbare Probleme übrig, deren Kumulation sich kaum hätte aufhalten lassen.

Es sei hier nur noch auf ein gravierendes Problem hingewiesen. Die riesigen Machtpotentiale des Reiches waren in den römischen politischen Raum innerhalb der Regeln kaum einzubringen. Dadurch wurde ein Mann wie Pompeius, der so viele Machtmittel des Reiches vereinigt hatte, immer wieder dazu genötigt, sich außerhalb der Regeln zu bewegen, obwohl er sich wohl eine Führungsstellung innerhalb der Regeln wünschte. Eine fatale

Nebenwirkung der großen Kommanden bestand darin, dass die dadurch gewonnenen Machtmittel ihr volles Potential erst im Bürgerkrieg entfalteten. Dass die Republik in Bürgerkriegen unterging, scheint mir von daher nicht ganz zufällig zu sein.

Nach dem Ende des Bürgerkriegs gaben sich viele Anhänger der alten Republik zunächst der Illusion hin, Caesars Alleinherrschaft sei nur ein temporäres Regime mit dem Ziel, die Republik wieder zu konsolidieren. Doch Caesar war nicht bereit, solche Hoffnungen lange zu erhalten. Mitte Februar des Jahres 44 v. Chr. trat er die lebenslängliche Diktatur an³⁹. Der einzige erkennbare Sinn dieser Aktion war es, den Zeitgenossen, allen voran der republikanischen Aristokratie, unmissverständlich zu verdeutlichen, dass seine Monarchie nicht als ein vorübergehender Zustand anzusehen sei, sondern dass sie von Dauer sein sollte.

Tatsächlich konnte sich Caesar aber nur etwa 4 Wochen seines wohlklingenden neuen Titels *dictator perpetuo* erfreuen, da er an den sprichwörtlich gewordenen Iden des März, also am 15. März 44, im Senat ermordet wurde. Die Opposition hatte sich schnell formiert, als feststand, dass Caesar nicht daran dachte, zur Republik zurückzukehren, und sie formierte sich bezeichnenderweise über die alten Bürgerkriegslager hinweg: An dem Attentat beteiligten sich keineswegs nur ehemalige Bürgerkriegsgegner, sondern auch eine Reihe von alten Caesarianern, die ihm zum Teil schon seit den 50er Jahren treu anhängen. Nichts kann besser verdeutlichen, dass die Motive zur Ermordung Caesars grundsätzlicher Natur waren, dass es primär um die Rückgewinnung der Republik ging, die für die Angehörigen der senatorischen Führungsschicht den selbstverständlichen Orientierungsrahmen, ja sogar Lebensraum abgab. Vielleicht hängt es mit diesem breiten Konsens für die Republik und gegen die Monarchie zusammen, dass die Verschwörer so wenig vorausgeplant hatten, was nach der Tat zu geschehen habe. Die eigene Begeisterung für die alte Republik und die grundsätzliche Ablehnung der Monarchie hatte sie blind gemacht für die unmittelbare Wirkung ihrer Tat auf Unbeteiligte und auch für den Charakter der caesarischen Alleinherrschaft.

Der Diktator ließ sich durch den Anschlag beseitigen, aber die Systemveränderung teilweise nicht mehr oder jedenfalls nicht so leicht, dass die Republik nach dem Tod des Herrschers gewissermaßen automatisch wieder-auferstanden wäre. Dass sich am Ende neuer Bürgerkriege eine Monarchie etablierte, ist also nicht erstaunlich. Dass sich aber Octavian durchsetzte und es ihm sogar gelang, seine Herrschaftsform auf Dauer zu stellen, war alles andere als selbstverständlich.